Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 229 (1956)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 15. Juni 1954 bis 15. Juni 1955)

Der Sommer 1955 war gekennzeichnet durch eine außerordentliche und unerwartete Entspannung der großen Politik. Der Kalte Krieg ist aufgetaut, und neue Hoffnung erwachte, daß die großen Mächte es doch noch fertigbringen könnten, friedlich nebeneinander zu leben. Erreicht ist nämlich noch nicht viel Praktisches, das Mißtrauen ist noch groß, nur das Klima hat sich verbessert. Im Juni feierten die Uno-Mächte gemeinsam das zehnjährige Jubiläum der Vereinten Nationen in San Franzisko, wobei die Großmächte ihre Außenminister zu dieser Feier delegiert haben und Präsident Eisenhower in einer großen Rede für eine Beendigung des Wettrüstens eintrat. Auf den 18. Juli ist eine Konferenz der Regierungschefs von Amerika, Rußland, England und Frankreich in Genf vorgesehen, womit die von Churchill zwei Jahre früher lancierte Idee eines „Gesprächs auf höchster Ebene" endlich doch noch zur Wirklichkeit wird. Was also vor Jahresfrist noch undurchführbar erschien, ist plötzlich zur Tatsache geworden. Im gleichen Genf, das in den letzten zwei Jahren wieder zu einem internationalen Zentrum ersten Ranges geworden ist, findet im Spätsommer 1955 eine internationale Konferenz und Ausstellung über die friedliche Verwendung der Atomenergie statt, an der sowohl Amerikaner wie Russen teilnehmen und ein Beispiel internationaler Zusammenarbeit geben.

Diese ganze Entwicklung ist um so erstaunlicher, als sie auf die Unterzeichnung der Verträge über die deutsche Aufrüstung folgt. Die Russen hatten nämlich immer wieder erklärt, nach einem solchen Vertragsschluß seien sie überhaupt für keine Gespräche mehr zu haben, und nun ist gerade das Gegenteil davon eingetreten. Dies veranlaßte viele Leute, zu vermuten, die Russen meinten es nicht ehrlich, und sie zeigten sich nur darum jetzt so entgegenkommend, da sie hofften, durch ein freundliches Gesicht ihre Gegner in Sicherheit zu wiegen und auf diese Weise das zu erreichen, was ihnen mit der harten Methode verschlossen blieb. Die Ziele des Kommunismus seien nach wie vor auf die Eroberung der Welt gerichtet, und das Gerede vom friedlichen Zusammenleben sei eitel Lug und Trug. Diese Frage wird man wohl erst nach Jahren eindeutig beantworten können. Doch nun wollen wir zuerst etwas näher betrachten, wie sich die Lage in den zwei Jahreshälften entwickelte, über die wir heute zu berichten haben.

*

Wir mußten unseren Bericht im letzten Kalender just in dem Moment abbrechen, da die Genfer Konferenz über Indochina eine entscheidende Wendung nahm, weil der neueingesetzte französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France entschlossen war, mit den Chinesen eine Verständigung zu finden und dem nutzlosen Krieg in Indochina ein Ende zu machen. Am 23. Juni traf sich Mendès-France in Bern mit dem chinesischen Ministerpräsidenten und Außenminister Tschu En-lai, und damals einigten sie sich über die wichtigsten Punkte. Am 20. Juli setzten die Mächte sodann ihre Unterschrift unter das Dokument, das dem indochinesischen Krieg ein Ende machte. Es setzte fest, daß Indochina längs dem 17. Breitengrad geteilt werde: den Norden bekam die kommunistische Regierung Ho Chi-minhs, der Süden blieb der Regierung des noch von den Franzosen eingesetzten Staatschefs Bao Dai vorbehalten. Ngo Dinh Diem übte hier die Macht aus, gestützt von den Franzosen und Amerikanern und bekämpft von mehreren Sekten, die sich gleich Gangsterbanden etabliert hatten. Der Waffenstillstandsvertrag sieht vor, daß bis spätestens im Juli 1956 in ganz Indochina freie Wahlen abzuhalten seien, damit die beiden Landeshälften dannzumal unter einer demokratisch eingesetzten Regierung wieder vereint werden könnten. Die Amerikaner, die in Südvietnam eine starke Mission unterhalten, machen sich Hoffnung, daß sie mittels energischer Hilfe den Einheimischen solche Lebensumstände schaffen können, daß sie bis dann ihre Stimme nicht den Kommunisten geben werden. Die innenpolitische Entwicklung in Südvietnam mit den genannten bürgerkriegähnlichen Sektenkämpfen läßt aber die Aussichten auf einen antikommunistischen Wahlsieg als sehr gering erscheinen.

Die Tatsache, daß es Genf aber überhaupt gelang, durch diplomatische Besprechungen dem Krieg ein Ende zu setzen, wirkte auf die ganze Welt

stark beruhigend und war die erste Voraussetzung für die spätere Besserung der Beziehungen.

*

In Europa fehlte immer noch das Schlußstück im System des Atlantikpaktes, das in der Wiederaufrüstung Deutschlands bestehen sollte. Der Vertrag über die ‚Europäische Verteidigungsgemeinschaft' (EVG) war vom französischen Parlament jahrelang verschleppt worden, da keine Regierung hoffen konnte, eine Mehrheit dafür auf die Beine zu bringen. Pierre Mendès-France, der die Geschäfte mit einer ganz ungewohnten Dynamik und Durchschlagskraft anpackte, war entschlossen, auch diese Frage zu bereinigen. Er sagte sich, ein klares Nein sei immer noch der jahrelangen Hinhaltetaktik, die in Amerika einen sehr schlechten Eindruck hinterließ, vorzuziehen. Am 30. August 1954 legte Mendès-France die EVG der Nationalversammlung vor und erlitt eine glatte Niederlage. Sie wurde mit 319 zu 264 Stimmen verworfen. Da er sich aber wohlweislich gehütet hatte, die Vertrauensfrage damit zu verbinden, blieb er im Amt und konnte die folgenden Verhandlungen über eine Ersatz-EVG selbst führen.

Max Petitpierre
Bundespräsident für das Jahr 1955
Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Die Initiative hierzu ergriff allerdings nicht der französische Ministerpräsident, sondern Englands Außenminister, Sir Anthony Eden. Dieser reiste nach den Hauptstädten der EVG-Länder, Brüssel, Bonn, Rom und Paris, um seinen Kollegen seinen Plan für die deutsche Aufrüstung mundgerecht zu machen. Er schlug nämlich vor, den Brüsseler Pakt von 1948 wieder zum Leben zu erwecken, indem dieser aus einem antideutschen Bündnis von Frankreich, Großbritannien und den Beneluxstaaten in eine westeuropäische Verteidigungsunion umgewandelt würde, in die auch Deutschland und Italien aufgenommen werden sollten. Gegenüber der EVG bedeutete der Plan zwar einen Rückschritt, da die deutsche Armee nun nicht mehr Bestandteil einer übernationalen europäischen Armee, sondern eine Nationalarmee alten Musters sein sollte. Dafür aber wäre Deutschland in die nordatlantische Allianz (NATO) aufzunehmen, etwas, wogegen sich Frankreich in früheren Jahren mit Händen und Füßen gesträubt hatte, und das jetzt ganz unerwartet glatt geschluckt wurde. Allerdings mußte auch England selbst noch einen großen Trumpf ins Spiel werfen. Es verpflichtete sich nämlich, ein Kontingent von vier Divisionen und eine taktische Luftwaffe bis 1998 auf dem Kontinent zu unterhalten, sich also selbst ins europäische Spiel einzuschalten und auf die jahrhundertealte geliebte Rolle eines Schiedsrichters zu verzichten.

Dieser Eden-Plan fand den Beifall der Paktpartner; in verschiedenen Konferenzen wurde er fertiggestellt und schließlich in Paris unterzeichnet und ratifiziert. Die kritischste Ratifikationsabstimmung war wieder jene in der französischen Nationalversammlung, aber diesmal gelang es Mendès-France, das Schifflein in den sichern Hafen zu lenken: mit einer Mehrheit von 62 Stimmen

Zugsunfall bei Göschenen

Die an der Landesausstellung 1939 in Zürich ausgestellte 12 000-PS-Lokomotive der SBB entgleiste im März 1955 bei Göschenen; die beiden Teile der Maschine legten sich im rechten Winkel zueinander auf die Seite.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

nahm die Nationalversammlung die Verträge an, die Deutschland eine Armee von 300 000 Mann, 84 000 Mann der Flugwaffe und 50 000 Mann der Flotte bewilligen und seine Aufnahme in die NATO in die Wege leiten. Diese denkwürdige Abstimmung fand drei Tage vor dem Silvester des Jahres 1954 statt und setzte den Schlußpunkt unter diplomatische Bemühungen, die bis aufs Jahr 1950 zurückgehen.

*

Eine Bedingung der französischen Nationalversammlung vor der Ratifikation war gewesen, daß Deutschland sich mit Frankreich gütlich über die Saarfrage einigen solle. Auch diese Frage brachte Mendès-France glücklich unter Dach. Er einigte sich mit Bundeskanzler Adenauer, daß die Saar ein europäisches Statut im Rahmen der westeuropäischen Verteidigungsunion erhalten sollte. Diese wird einen Saarkommissar ernennen, der gegenüber dem Ministerrat der genannten Union für die Außenpolitik und die Landesverteidigung des Saarlandes verantwortlich ist. Dieses neue Saarstatut soll der Volksabstimmung drei Monate nach Inkrafttreten der Verträge unterstellt werden. Sie muß also im Herbst 1955 stattfinden, und das Saarvolk hat sich dann darüber auszusprechen, ob es den bisherigen Zustand oder das neue europäische Statut vorziehe. Da die Alternative einer Angliederung an Deutschland nicht vorgesehen ist, weckte das Abkommen in Deutschland heftige Opposition; es wurde dann aber vom Bundestag doch geschluckt, da es als der Preis für die Rückgewinnung der Souveränität inklusive Wehrhoheit anzusehen war. Für Frankreich war das Wesentliche, daß das neue Saarstatut die französisch-saarländische Wirtschaftsunion aufrechterhält. Das Saarland wird also weiterhin den Franc als gesetzliches Zahlungsmittel führen, gegen Deutschland durch eine Zollgrenze und gegen Frankreich durch keine solche Mauer abgeschrankt sein. Im übrigen ist aber seine kulturelle Eigenheit und seine politische Selbstverwaltung unangetastet.

*

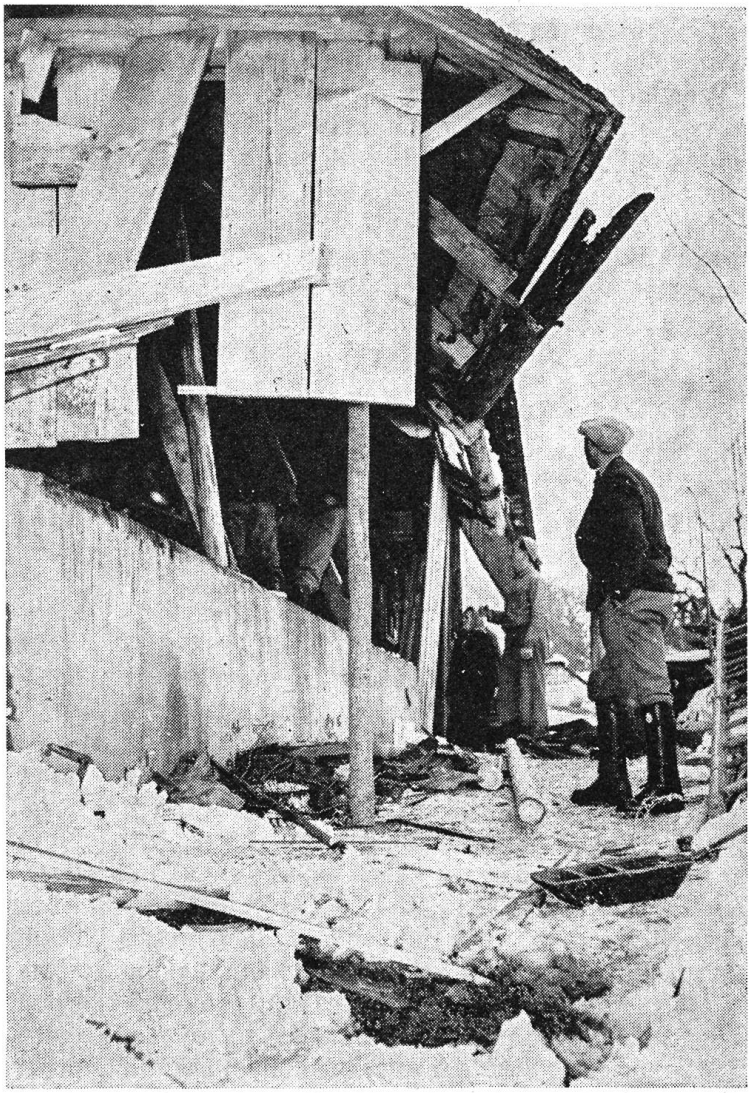
Während in Europa das von Amerika protegierte Paktsystem durch Deutschlands Eingemeindung fertig ausgebaut wurde, trachteten die USA, auch in Asien ein ähnliches Werk zu schaffen, da sie auf diese Weise hofften, einer Wiederholung solcher Kriege, wie sie in Korea und Indochina zu führen waren, einen Riegel zu schieben. Sie fanden aber mit ihren Plänen nicht eitel Gegenliebe bei den asiatischen Ländern, und gerade die beiden wichtigsten, Indien und Indonesien, weigerten sich, mitzumachen, da sie der Meinung sind, Pakte seien krieg- und nicht friedenfördernd. Die Amerikaner vermochten daher nur Siam, Pakistan und die Philippinen als asiatische Staaten und Großbritannien, Frankreich, Australien und Neuseeland als am Pazifischen Ozean interessierte Mächte für diesen Paktabschluß zu gewinnen. Am 8. September wurde die SEATO (South-East Asian

Treaty-Organization) gegründet, und am 23. Februar traten die Beteiligten in Bangkok wieder zusammen, um ein gemeinsames Militärkommando zu bilden.

Gleichzeitig berief aber die indonesische Regierung nach Bandung eine Konferenz ein, zu der alle asiatischen und afrikanischen Mächte eingeladen wurden. Interessanterweise zählten aber die Aufbietenden die Sowjetunion nicht zu den asiatischen Ländern, so daß die Konferenz von Bandung, die vom 18.–24. April tagte, in Wirklichkeit eine reine Konferenz farbiger Völker war. Sie faßte denn auch eine Resolution, die sich gegen koloniale Vorherrschaftsansprüche richtete. Obschon es sich zeigte, daß auch die farbigen Völker sehr auseinanderstrebende Interessen haben, hatte diese Zusammenkunft doch eine große symbolische Bedeutung. Es war das erste Mal, daß Völker, die vor kurzem noch unter europäischer Kolonialherrschaft gestanden hatten, vor dem Weltforum laut und deutlich demonstrierten, daß sie auch mitsprechen wollen und gewillt sind, ihre eigene Politik zu verfolgen.

*

Bei der Gründung der SEATO hatten die von den USA eingeladenen Mächte ausdrücklich zu verstehen gegeben, daß sie nicht bereit seien, irgendeine Garantie für Formosa zu übernehmen und diese Frage daher den Amerikanern allein überließen. Das Formosaproblem war noch ein Überbleibsel aus dem koreanischen Krieg; denn damals hatte Truman die siebente amerikanische Flotte dafür eingesetzt, Formosa vor den Rotchinesen zu beschützen. Seither stand die Insel, auf der Tschiang Kai-schek seine nationalchinesische Regierung eingerichtet hat und eine ansehnliche Armee unterhält, unter amerikanischem Schutz. Peking andererseits verkündete laut seinen Anspruch auf diese Insel, die ein integrierender Bestandteil des chinesischen Reiches sei. Tschu En-lai wiederholte immer wieder, daß China gewillt sei, Formosa zu erobern. Zu Beginn des Jahres 1955 spitzte sich die Lage heftig zu. Eisenhower ließ sich vom amerikanischen Kongreß die Vollmacht geben, in Formosa alle militärischen Maßnahmen zu treffen, die ihm zweckmäßig erschienen, und die Chinesen führten eine Sprache, daß man hätte meinen können, der Krieg stehe vor der Türe. Wer weiß, ob er nicht auch tatsächlich ausgebrochen wäre, wenn nicht die Überlegenheit der Ameri-



In Rüschegg verschüttete im Februar 1955 eine Lawine ein Wohnhaus mit Stall. Ein Knabe fand dabei den Tod.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

kaner zur See und das Fehlen einer chinesischen Invasionsflotte den Chinesen Zurückhaltung auferlegt hätte. Immerhin wurde zwischen den vorgeschobenen Stützpunkten Tschiang Kai-scheks, den Inseln Matsu und Quemoy, und dem kommunistischen Festland kräftig geböllert. Die weiter im Norden, auch ganz nahe beim Festland liegende Insel Tatschen wurde von den Soldaten Tschiang Kai-scheks auf amerikanischen Befehl geräumt, da ihre Verteidigung schwer durchzuführen gewesen wäre.

Die Spannung zwischen Amerika und China wurde noch verschärft durch die völkerrechtswidrige Zurückhaltung von elf amerikanischen Fliegern, die während des Koreakrieges in China hatten notlanden oder abspringen müssen und nun von den Chinesen als Spione und Saboteure zu langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Diese Herausforderung wurde in den Vereinigten Staaten stark empfunden, und es gab viele Stimmen, die auf Präsident Eisenhower eindrangen, es den Chinesen „zu zeigen" und ihre Küste zu blockieren.

Eisenhower ließ sich aber zu keinen voreiligen Schritten verführen, sondern arbeitete auf eine Entspannung hin. In der Formosafrage erklärte er sich bereit, mit China zu verhandeln, nicht über eine Auslieferung der Insel, aber eventuell über eine Neutralisierung; und in der Angelegenheit der gefangenen Flieger wandte er sich an die UNO mit dem Ersuchen um eine Intervention. Tatsächlich flog deren Generalsekretär, Hammarskjöld, nach Neujahr nach Peking und wurde dort sehr zuvorkommend empfangen. Eine unmittelbare Wirkung zeitigte sein Besuch zwar nicht.

Im Laufe des Jahres flaute die Spannung aber ab. Die militärischen Operationen wurden immer seltener, auch Tschu En-lai erklärte, daß er für Verhandlungen zu haben wäre, und der indische Staatsmann Krishna Menon flog zwischen Peking und den westlichen Hauptstädten hin und her und suchte zu vermitteln. Von England und den andern Europäern wurde Amerika nahegelegt, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die Frage eines Verzichts auf Quemoy und Matsu wurde lebhaft ventiliert. Am 31. Mai gab Peking vier amerikanische Flieger frei, eine erste Geste des Einlenkens. Im Augenblick, da wir diese Chronik abschließen, können wir noch nicht sagen, ob es wirklich zu chinesisch-amerikanischen Verhandlungen kommen wird und ob die Formosafrage durch ein zwei- oder mehrseitiges Abkommen beigelegt wird, aber deutlich ist, daß sie viel von ihrer Schärfe verloren hat.

*

Pierre Mendès-France, der im Jahre 1954 die französische Außenpolitik mit bemerkenswertem Elan gelenkt hatte, kam am 5. Februar 1955 über der Nordafrikapolitik zu Fall. Im Grunde genommen waren es aber mehr innenpolitische Fragen, die seinen Gegnern die Munition verschafft hatten, um ihn abzuschießen. Er wollte den Privilegien der landwirtschaftlichen Produzenten auf den Leib rücken. Besonders sein Kampf gegen den Alkoholismus gefiel aber den Weinbauern und den Schnapsbrennern nicht, und die kleingewerblichen Gruppen waren über die Steuerlast erbittert und ließen sich von einem geschickten Volksredner namens Poujade in einer Massenorganisation zusammenfassen. Zum Nachfolger von Mendès-France wurde sein Parteikollege und Außenminister Edgar Faure gewählt. Dieser erwies sich als ein ziemlich geschickter Politiker, der, ohne viel Aufhebens zu machen, in verschiedenen Gebieten Positives leistete. Seine wichtigste außenpolitische Tat bis anhin war die Verständigung mit Tunis – die allerdings noch von seinem Vorgänger in die Wege geleitet worden war. Am 22. April einigten sich der Ministerpräsident Tunesiens, Tahar ben Ammar, mit Edgar Faure über ein Autonomiestatut, das den Tunesiern im Innern die Selbstverwaltung sichert, die Verteidigung und die Außenpolitik aber in den Händen der Franzosen beläßt. Der tunesische Freiheitskämpfer Habib Bourguiba konnte bald darauf im Triumph aus dem Exil in die Heimat zurückkehren. Die günstige Wendung in Tunesien brachte aber keine Besserung der Lage in Algerien und Marokko, wo Frankreich sich einem eigentlichen Terror gegenübersah, wobei es sogar einen Zweifrontenkrieg kämpfen mußte. Die Eingeborenen fordern nationale Unabhängigkeit, und die in Nordafrika ansässigen Franzosen verlangen, daß den Eingeborenen überhaupt keine neuen Rechte erteilt würden. Am 12. Juni wurde sogar ein Franzose, der Zeitungsbesitzer Jacques

Lemaigre-Dubreuil, von französischen Kugeln niedergestreckt, da er ein Anhänger der Reformen war. Die nordafrikanische Hypothek wird den Franzosen voraussichtlich noch viel zu schaffen machen.

*

Großbritannien erlebte im April einen Regierungswechsel von historischer Bedeutung. Der alte Löwe, Sir Winston Churchill, beschloß, das Amt des Premierministers niederzulegen, um seinem vorausbestimmten Nachfolger, Sir Anthony Eden, den Platz freizugeben. Churchill, der schon im ersten Weltkrieg Minister gewesen war, führte sein Volk im zweiten Weltkrieg durch die tiefsten Tiefen der Not und nationalen Bedrohung zum glorreichen Sieg und errang sich damit die Bewunderung der ganzen Welt. 1951 wurde seine Partei, die Konservativen, denen er als Leader vorstand, vom Volk wieder an die Regierung berufen, und Churchill übernahm es in patriarchalischem Alter, noch einmal seine Nation durch eine Epoche zu steuern, die keineswegs arm an Schwierigkeiten war. Zu seinem Abgang hatte er sich einen sehr geschickten Zeitpunkt ausgewählt, in dem sich sein Land in einer günstigen Wirtschaftslage befand und die allgemeine Situation der Welt sich so weit aufgehellt hatte, daß ihm niemand den Vorwurf hätte machen können, er sei in einem heiklen Moment von seinem Kommandoposten geflohen; so etwas hätte ja auch seiner ganzen Charakteranlage widersprochen.

Des Hinkenden Boten welscher Bruder gratulierte höchst persönlich am 21. Oktober 1954 unserem General zum 80. Geburtstag.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Der bisherige Außenminister, Sir Anthony Eden, der von der Königin mit der Regierungsbildung betraut wurde, setzte sogleich sein Amt aufs Spiel, indem er – anderthalb Jahre früher als er verpflichtet gewesen wäre – Neuwahlen ausschrieb. Diese fanden am 26. Mai statt und brachten den Konservativen einen eindeutigen Sieg. Im neuen Unterhaus verfügen sie nun über 59 Sitze mehr als die Opposition, während sie im bisherigen nur eine Mehrheit von 18 Mandaten gehabt hatten. Die Labourpartei war im Nachteil, da sie kein zugkräftiges Programm entwickeln

konnte, während die Konservativen sich die günstige Wirtschaftslage und die gebesserten Friedensaussichten zugutschreiben konnten. Labour litt auch unter einer Führungskrise, indem der Sprecher des linken Flügels, Aneurin Bevan, sich der Autorität des offiziellen Leaders, Attlee, widersetzt hatte und im Frühjahr 1955 eine Zeitlang sogar aus der Fraktion ausgeschlossen werden mußte.

*

In Italien wurde als Nachfolger des altershalber zurücktretenden Präsidenten der Republik, Einaudi, der eher linksgerichtete Christlich-Demokrat Giovanni Gronchi am 29. April zum Präsidenten gewählt. Am 22. Juni mußte dann Ministerpräsident Scelba unter dem Druck der äußeren Flügel seiner eigenen christlich-demokratischen Partei zurücktreten.

*

Verschiedene brenzlige Probleme, die die Welt jahrelang beschäftigt hatten, fanden in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 ihre Lösung. So der britisch-ägyptische Streit über die Räumung der Kanalzone: England lenkte ein und erklärte sich in einem Vertrag bereit, seine Truppen aus der Kanalzone zurückzuziehen. Es ist diesen Verpflichtungen auch getreulich nachgekommen. Die militärischen Anlagen bleiben aber noch für sieben Jahre im englischen Besitz und werden von englischen Zivilangestellten instand gehalten. Auch mit Persien kam es zu einer Einigung über die Ölfrage. Das Öl wird nunmehr von einem internationalen Konsortium ausgebeutet, an dem alle großen Öltrusts teilnehmen. Die Quellen selbst bleiben in persischem Besitz. Auch über Triest konnten sich Italien und Jugoslawien endlich direkt verständigen. Italien durfte sich die Stadt wieder einverleiben, während Jugoslawien die Zone B behielt, die es seit Kriegsende besetzt hatte.

*

Die sensationellsten politischen Ereignisse haben aber in Moskau ihren Ursprung. Dort wurde Georgi Malenkow, der nach Stalins Tod die Ministerpräsidentschaft übernommen hatte, durch einen Parteibeschluß gestürzt. Er mußte zugeben, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei und versagt habe. An seiner Stelle wurde Marschall Bulganin zum Ministerpräsidenten gewählt, ein treuer alter Parteimann, von dem aber niemand befürchten mußte, daß er sich zum Alleinherrscher aufschwingen möchte. Mit Malenkows Sturz schob sich vielmehr Nikita Chruschtschew in den Vordergrund, der als Parteisekretär offenbar die Fäden zog, und dem zuzutrauen wäre, daß er noch höher hinaus will. Zurzeit gilt aber offenbar doch noch das nach Stalins Tod eingeführte Kollegialsystem. Neu für Rußland ist auch, daß Malenkow, nachdem er sein Reuebekenntnis abgelegt hatte, keineswegs das Schicksal Berias erlitt, sondern weiterhin Mitglied der Regierung blieb, nur hat er nicht mehr deren Präsidium inne, sondern muß sich mit dem Elektrizitätsministerium begnügen. Es ist für uns fast unmöglich, die Machtkämpfe innerhalb des Kremls zu durchschauen; denn die politische Meinungsbildung und die Auslese der Führungsgarnitur, die sich bei uns in Volksabstimmungen und vor den Augen der Öffentlichkeit in Parteiversammlungen und im Parlament vollzieht, spielt sich in Moskau hinter verschlossenen Türen ab, und das wichtigste Hilfsmittel, das die politische Maschinerie im Gang hält, sind Intrigen.

Für uns ist das alles aber auch nicht so wichtig, ob nun der Premierminister Malenkow oder Bulganin heißt, ein Kommunist ist er auf alle Fälle, und man weiß ja, was man davon zu halten hat. Was uns aber sehr lebhaft interessiert, ist das Verhalten dieser Staatsmänner gegenüber dem Ausland; denn da gibt es so große Unterschiede, daß man seit der bolschewistischen Revolution im Jahre 1917 recht eigentlich von einem Zickzackkurs Rußlands sprechen kann. Nach dem 8. Februar 1955, als Malenkow ins zweite Glied verwiesen worden war, fragte sich männiglich, was für einen Weg das neue Team einschlagen werde. Blieb es bei der sanfteren Politik Malenkows oder kehrte das von Stalin bevorzugte System der Drohungen und Herausforderungen wieder zurück? Zunächst schien es, als ob am Kurs Malenkows nichts geändert werden sollte, aber dann nahm die russische Außenpolitik auf einmal eine Methode und ein Tempo an, das Malenkow weit in den Schatten stellte. Der Wendepunkt und Prüfstein war Österreich.

Man erinnert sich, daß an der Berliner Konferenz im Februar 1954 Molotow sich strikte weigerte, seine Unterschrift unter den Staatsvertrag für Österreich zu setzen, obschon die Westmächte bereit waren, alle noch offenen Forderungen Rußlands zu bewilligen. Im April 1955 aber hatte das Wetter plötzlich völlig umgeschlagen: Auf den 11. dieses Monats lud die russische Regierung den österreichischen Bundeskanzler Julius Raab nach Moskau ein, um mit ihm den Staatsvertrag noch einmal durchzubesprechen. Raab war begleitet von seinem Außenminister Figl und von Vizekanzler Schärf. In Moskau wurde die österreichische Regierungsdelegation mit großer Freundlichkeit empfangen, und die Österreicher konnten zu ihrer Überraschung feststellen, daß die Russen sogar weniger anspruchsvoll waren, als sie gemäß der österreichischen Bereitschaft, auch den in Berlin vorliegenden Staatsvertrag zu akzeptieren, hätten sein können. Woran ihnen vor allem lag, war eine österreichische Zusicherung, daß das Land sich neutral verhalten und keinen Bündnissen beitreten werde. Die Westmächte wurden von den Russen über den Verlauf der Gespräche auf dem laufenden gehalten und dann zu einer Konferenz nach Wien eingeladen, an welcher der abgeänderte Staatsvertrag noch einmal besprochen werden sollte.

In der zweiten Maiwoche kamen in der österreichischen Hauptstadt zunächst die Botschafter der vier Besatzungsmächte, d.h. Rußlands, Amerikas, Englands und Frankreichs, zusammen, und nachdem ihre Arbeit ein positives Ergebnis gezeitigt hatte, reisten die Außenminister selbst, nämlich Molotow, Dulles, Macmillan und Pinay, am 14. und 15. Mai nach Wien und legten letzte Hand an den Staatsvertrag. Mit der Unterzeichnung, die unter dem Jubel der Bevölkerung vor sich ging, wurde Österreich wieder ein freier, souveräner Staat. Die Besatzungstruppen müssen binnen dreier Monate nach der Inkraftsetzung des Vertrages oder bis spätestens 31. Dezember 1955

Im Herbst 1954 stattete der Kaiser von Äthiopien, der Negus Negesti, der Schweiz einen Staatsbesuch ab. Wir zeigen ihn hier mit dem damaligen Bundespräsidenten Rubattel.

Photo W. Rydegger, Bern

Am 29. Oktober 1954 starb in Bern der Standesweibel des Kantons Bern, Paul Claudon, im Alter von erst 46 Jahren.

Photo W. Nydegger, Bern

abgezogen sein, im übrigen hat Österreich als Ablösung des deutschen Eigentums, das von den Russen beschlagnahmt worden war, 150 Millionen Dollars binnen sechs Jahren in Waren zu bezahlen, ferner zwei Millionen für den Rückkauf der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, und schließlich hatte es sich zu verpflichten, 10 Millionen Tonnen Erdöl im Lauf von zehn Jahren an Rußland zu liefern. Die Neutralitätserklärung gab das österreichische Parlament nach der Ratifizierung des Staatsvertrages wunschgemäß ab; zum Schutze seiner Neutralität darf es eine Armee aufstellen, deren Größe nicht begrenzt ist.

Die Russen erreichten durch ihre Bereitschaft, den Staatsvertrag abzuschließen, zwei Hauptziele, erstens trieben sie einen neutralen Keil zwischen Deutschland und Italien, die beide Atlantikpaktländer sind, und zweitens schufen sie sich eine Plattform für ihre Deutschlandpolitik. Sodann verringerten sie das Mißtrauen, das man seit Stalins Zeiten der Sowjetunion in Europa allgemein entgegenbringt und erweckten eine Woge des Neutralismus, die den Amerikanern die Verfolgung ihrer europäischen Bündnispolitik erschwert.

*

Bevor Moskau aber seine Aufmerksamkeit Deutschland zuwandte, mühte es sich noch um eine Bereinigung seiner Differenzen mit Titos Jugoslawien. Im Jahre 1948 war ja Tito von der unter russischem Befehl stehenden Kominform feierlich in Acht und Bann getan worden, und seither hatte sich eine Schimpfkanonade über Tito ergossen, während gleichzeitig Rußland und die Satellitenstaaten durch Wirtschaftsblockade den jugoslawischen Abtrünnigen in die Knie zwingen wollten. Amerikas Hilfe hielt damals Tito über Wasser und ermöglichte es ihm, eine Politik der Unabhängigkeit zu treiben, die ihren deutlichsten Ausdruck im letzten Winter fand, als Tito auf Besuch nach Indien fuhr und mit Nehru die Möglichkeiten einer sogenannten „Politik der aktiven Koexistenz" besprach.

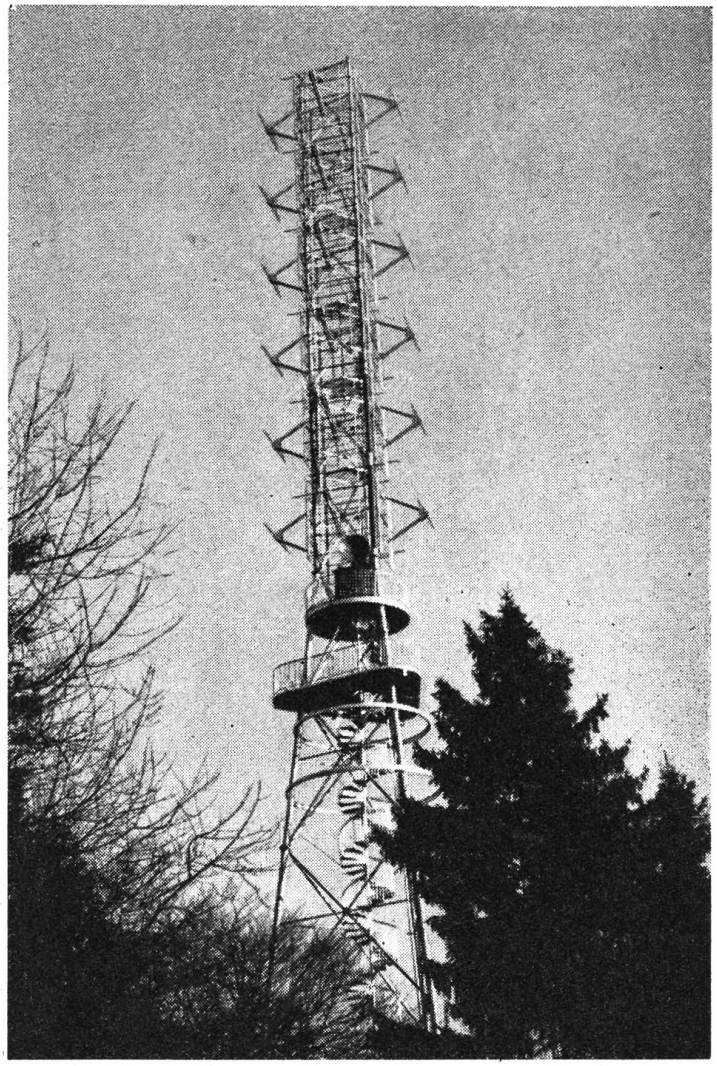
Schon unter Malenkow war die russische Hetze gegen Tito abgebaut worden, und die jugoslawischen Diplomaten in Moskau sahen sich plötzlich als Gegenstand freundlicher Aufmerksamkeit. Im Mai 1955 aber luden sich Parteisekretär Chruschtschew und Ministerpräsident Bulganin mit einer Suite hochgestellter Politiker (nur Molotow fehlte) nach Belgrad ein. Als das Flugzeug mit der russischen Regierungsdelegation am 26. Mai in Belgrad gelandet war, trat Chruschtschew sogleich ans Mikrophon und bekannte, daß Rußland gefehlt habe, als es sich gegenüber Tito so feindselig zeigte. Die Schuld schob er auf die inzwischen hingerichteten Beria und Abakumow und erklärte, daß nun eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien Rußlands und Jugoslawiens eröffnet werden solle. Tito hörte diese Freundschaftserklärung nicht gerne, obschon sie ja nachträglich seine Haltung in den letzten sieben Jahren rechtfertigte und

ihn als Triumphator erscheinen ließ. Er erkannte nämlich, daß dieses russische Entgegenkommen eine indirekte Einladung war, sich der Autorität des russischen Kommunismus wieder zu unterstellen, und nichts wäre ihm widerwärtiger gewesen als dies. Während der ganzen Verhandlungen mit der russischen Delegation bestand er daher darauf, seine Unabhängigkeit zu wahren, und dies gelang ihm auch. Im Schlußcommuniqué anerkannten die Russen ausdrücklich, daß die jugoslawische Abart des Kommunismus ihre Berechtigung neben der russischen habe. Im übrigen erklärten die beiden Länder, daß sie freundschaftliche Beziehungen aller Art pflegen wollen. In der ganzen Welt wurde das Ergebnis der Belgrader Besprechungen als ein Erfolg Titos ausgelegt.

*

Nachdem die Russen mit Jugoslawien so ins reine gekommen waren und sich vergewissert hatten, daß Tito, wenn er auch nicht in den Schoß der Moskauer Mutterkirche zurückkehren wollte, ebensowenig bereit war, sich den Amerikanern zu verschreiben, holten sie zum dritten Schlag aus und ließen am 7. Juni eine Einladung an Adenauer abgehen, diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau aufzunehmen und selbst nach Moskau zu kommen. Was die Russen damit im einzelnen planen, ist heute noch nicht zu erkennen, aber so viel weiß man zur Genüge aus dem Verlauf der Politik in den letzten Jahren, daß es den Russen darum zu tun ist, Deutschland aus dem engen Bündnis mit den Westmächten herauszubrechen, die Aufrüstung zu hintertreiben oder zu verlangsamen und wenn möglich das Land zu neutralisieren.

Westdeutschland, das am 5. Mai 1955 nach der Inkraftsetzung der Pariser Verträge wieder ein souveränes Land geworden ist, sieht sich in einer schwierigen diplomatischen Lage, da es bei aller Hinneigung zum Westen sehr empfänglich ist für die russischen Verlockungen, wenn diese sich auf die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung der beiden Hälften Deutschlands beziehen. Adenauer hat bekanntgegeben, daß er die Einladung nach Moskau annehmen werde. Er benutzte aber die Gelegenheit einer Reise nach Amerika Mitte Juni 1955, um ausgiebige Gespräche mit Präsident Eisenhower und den gleichzeitig in Amerika anwesenden Außenministern Frankreichs und Englands zu führen, in denen er seine Treue zu den Pariser Verträgen bekräftigte und betonte, daß eine Neutralisierung Deutschlands nie in Frage



1954 wurde der Fernsehsender auf dem Bantiger in Betrieb genommen. Ungefähr in der Mitte des 63 m hohen Mastes befindet sich eine Aussichtsterrasse, von wo man eine prächtige Rundsicht genießt.

PTT Bern

Feierliche Beerdigung von Bundesrat Escher in Brig

ATP-Bilderdienst, Zürich

kommen dürfe. Die weitere Entwicklung des großen Tauziehens um Deutschland wird aber zweifellos im Mittelpunkt der kommenden internationalen Politik stehen.

*

In der Schweiz nahm das private und politische Leben seinen normalen Gang, begünstigt von einer Wirtschaftsblüte, wie sie unser Land überhaupt noch nie erlebt hat. Die Genfer Konferenzen 1954 und 1955 beweisen, daß man im Ausland das politische Klima bei uns schätzt, da man anscheinend hier gut miteinander reden kann. Unseren Behörden gaben diese Konferenzen natürlich viel Arbeit, und für Bewachungsaufgaben wurden schweizerische Truppen eingesetzt, die auf diese Weise in Genf ihren Wiederholungskurs absolvierten.

In einem besonderen Falle wurde unser Land allerdings auch auf sehr unangenehme Weise in ausländische Politik hineingezogen, nämlich am 15. Februar, als ein Strauß zwischen der unterdrückten Opposition in Rumänien und der gegenwärtigen volksdemokratischen Regierung auf Berner Boden ausgefochten wurde. In der Nacht zum 15. Februar drangen einige rumänische Widerstandskämpfer, schwer bewaffnet, in die rumänische Gesandtschaft an der Schlößlistraße in Bern ein, wobei sie in deren Park den Gesandtschaftschauffeur Setu so schwer verletzten, daß er am folgenden Morgen im Spital verschied. Der Geschäftsträger Stoffel und die übrigen Gesandtschaftsmitglieder konnten sich ins Freie retten und um Polizeihilfe ersuchen. Die Berner Polizei kreiste das Gebäude ein, in welchem sich drei der Angreifer verbarrikadiert hatten. Dieser Belagerungszustand dauerte bis am 16. Februar um 16.30 Uhr. Dann ergaben sich die Eingeschlossenen, nachdem es vorher der Polizei gelungen war, die Verbindung mit ihnen aufzunehmen und in Kapitulationsverhandlungen zu treten. Sie brachte es fertig, die Rumänen von ihrem Plane abzubringen, bis zur letzten Patrone zu kämpfen, und verhinderte dadurch ein Blutvergießen. Dies wurde allerdings von der Regierung in Bukarest nicht anerkannt, welche vielmehr in mehreren giftigen Noten die Schweiz beschuldigte, sie habe ihre Pflicht nicht getan und trage am Tode Setus die Schuld. Bukarest verlangte auch die Ausliefe-

rung der Angreifer, was die Schweiz ablehnte, da sie der hiesigen territorialen Rechtsprechung unterstehen. Die drei Rumänen sind in festem Gewahrsam und sehen ihrem Prozesse entgegen. Die dramatischen Ereignisse an der Schlößlistraße waren nicht nur für das ruhige Bern eine Sensation, sondern lockten auch aus der ganzen Welt über hundert Journalisten herbei, die ihren Blättern ausführliche Berichte vermittelten.

*

Der Bundesrat hat sich in der Berichtsperiode fast zur Hälfte erneuert. Im letzten Herbst gaben die Bundesräte Escher, Kobelt und Rubattel ihre Rücktrittsabsichten bekannt, so daß also gleich eine dreifache Erneuerungswahl nötig ward. Bundesrat Joseph Escher war es allerdings nicht vergönnt, in den Ruhestand zu treten, denn am 9. Dezember wurde er mitten aus der Arbeit, während einer Sitzung des Nationalrates, an einen höheren Ort abberufen. Er war schon während des Jahres herzleidend gewesen und hatte seine Demission auf Rat seines Arztes eingereicht, der ihm erklärt hatte, daß er die Bürde des Bundespräsidenten, zu welchem Amte Escher 1955 aufgestiegen wäre, nicht mehr zu tragen fähig gewesen wäre. Bei den Ersatzwahlen für den Bundesrat beliebten der Waadtländer P. Chaudet, der das Militärdepartement übernahm, der St. Galler Th. Holenstein, der ins arbeitsreiche Volkswirtschaftsdepartement einstieg, und der Tessiner G. Lepori, welchem das Post- und Eisenbahndepartement überbunden wurde. Parteipolitisch brachte die Wahl einige Überraschung; denn nun haben die Katholisch-Konservativen plötzlich drei Sitze inne. Man erinnert sich, daß die Freisinnigen nach dem unerwarteten Rücktritt des sozialdemokratischen Finanzministers Max Weber in der Person von Bundesrat Streuli einen vierten Vertreter in die höchste Behörde delegiert hatten. Nun aber mißlang es ihnen, dieses vierte Mandat zu halten, da der katholisch-konservative Tessiner Lepori mehr Stimmen erhielt als der freisinnige Basler Kandidat Schaller. Das Parteienverhältnis im Bundesrat ist also zurzeit 3 Freisinnige, 3 KK- und 1 BGB-Vertreter.

*

Am 24. Oktober nahm das Volk eine Verlängerung der Übergangsordnung für die eidgenössischen Finanzen bis 1958 an, da eine dauerhaftere Lösung nach der Verwerfung der Bundesfinanzreform im Vorjahr unmöglich schien. Danach hätte es also in Steuerfragen für einige Zeit Ruhe geben sollen. Über die grundsätzlichen Fragen wurde es denn auch ziemlich still, aber die Steuern wurden doch bald wieder sehr aktuell. Die Staatsrechnung für 1954 ergab nämlich einen reinen Überschuß von 230 Millionen Franken, was natürlich sogleich die Begehren nach einer Steuersenkung weckte. Die bürgerlichen Parteien einigten sich auf eine gemeinsame Motion, die dann vom Nationalrat am 22. Juni angenommen wurde. 1956 werden wir also bei der Wehrsteuer und bei der Warenumsatzsteuer mit Erleichterungen rechnen können. Auch in den Kantonen liefen die Steuern so reichlich ein wie noch nie, so daß dort ebenfalls die Schalmeiklänge vom Steuerabbau ertönten und verschiedene Kantonsräte Beschlüsse in diesem Sinne faßten.

*

Am 5. Dezember hatte sich das Volk über eine Initiative zum Schutz der Stromlandschaft Rheinfall-Rheinau auszusprechen. Diese verlangte die Aufnahme eines allgemeinen Naturschutzartikels in die Bundesverfassung und die rückwirkende Aufhebung der im Jahre 1944 erteilten Konzession für den Bau des Kraftwerkes Rheinau. Da das Kraftwerk schon sehr weit fortgeschritten war, hätte eine Annahme der Initiative die Zerstörung von Millionenwerten bedingt und wäre ein wahrer Schildbürgerstreich gewesen. Das Volk verweigerte der Initiative die Zustimmung, aber aus der Diskussion ging hervor, daß der Gedanke des Naturschutzes bei uns stark verwurzelt ist und daß man bei allen noch kommenden Kraftwerkbauten gut daran tun wird, auf den Schutz des Landschaftsbildes maximale Rücksicht zu nehmen. Übrigens wird zurzeit das erste atomische Kraftwerk der Schweiz in Würenlingen an der Aare gebaut, das der schweizerischen Großindustrie als Lehrplätz für diese neueste Art der Energiegewinnung dienen wird.

*

Am 13. März hatte sich das Volk über eine sozialistische Initiative zum Schutz der Mieter und Konsumenten auszusprechen. Diese verlangte, daß der Bundesrat die Kompetenzen zur Überwachung der Preise und Margen und zum Erlaß von Höchstpreisvorschriften und eines Mietpreisstops erhalten solle. Die Initiative wurde von den bürgerlichen Parteien bekämpft, die lieber die Wirtschaft vom Staatsinterventionismus befreien als sie noch weiteren Kontrollen unterstellen wollen. Sie setzten im Nationalrat daher einen Gegenvorschlag durch, der nur die befristete Weiterführung der geltenden beschränkten Preiskontrolle vorsah. In der Abstimmung erhielt die sozialdemokratische Initiative zwar die Mehrheit der Stimmen (393 294 : 380 939), aber nicht die Mehrheit der Stände (6 annehmende gegen 16 verwerfende), so daß damit die Initiative abgelehnt worden ist. Interessanterweise wurde auch der Gegenvorschlag des Bundesrates abgelehnt, und zwar mit 407 796 : 317 689 Stimmen.

Drei neue Bundesräte
In der Dezembersession 1954 wurden die neuen Bundesräte (von links nach rechts) Holenstein, Chaudet und Lepori gewählt.

Photo W. Rydegger, Bern

*

Aus der Arbeit der eidgenössischen Räte verdienen noch besondere Erwähnung der Beschluß, 100 englische Centurion-Panzer für unsere Armee zum Preise von 100 Millionen Franken zu kaufen, und die Verlängerung der Fernsehversuchsperiode. Das Fernsehen hat zwar angesichts des gegenwärtigen Ausbaus des schweizerischen Televisionsnetzes schon nicht mehr den Charakter eines Versuches, um so mehr, als auch gar keine Möglichkeit mehr besteht, diesen abzubrechen. Dazu ist man schon zu tief in diese Angelegenheit eingedrungen. Nach dem ersten 2,4-Millionen-Kredit im Jahre 1952 kamen 1953 und 1954 weitere 3,6 Millionen für den technischen Ausbau und das welsche Programm, und im Juni 1955 hatten die Räte noch einmal einen Kredit von 13,3 Millionen Franken zu beschließen. Obschon im Volk und bei den Politikern ein gewisses Unbehagen darüber herrscht, daß man immer weitere Millionen in diese unrentable Angelegenheit steckt und vor allem auch kein Ende absehen kann, da das Fernsehen

noch lange nicht selbsttragend sein wird, mußten die Räte in den sauren Apfel beißen. Unser Land kann nicht beiseite stehen, während das europäische Fernsehnetz aufgebaut wird und rings um unsere Grenzen die Sender emporschießen. Es hat hier eine kulturpolitische Aufgabe, der es sich nicht entziehen kann.

Ein Eckstein wird zum Dichter

Die Wiener Apotheke „Zum Goldenen Reichsapfel" besitzt einen ganz besonders schönen, auffallenden Eckstein, der, wie das ganze Haus, schon vor längerer Zeit seinen 350. Geburtstag hat feiern können. Dieser Eckstein scheint auch das besondere Gefallen der vierbeinigen Passanten zu erregen, denn einst hatte er sich mit einem Plakat geschmückt, das das folgende beachtenswerte Gedicht trug:

„Ich alter Eckstein hab' schon vieles gesehen:
Franzosen und Türken ließen mich stehen,
Sah Cholera, Pest und Hunger grassieren –
Das alles konnte mich nicht berühren.
Nun aber bitt' ich euch, tut mich beschützen,
Daß mich eure Hunderln nicht täglich bespritzen
Und daß sie auch ihre anderen Sachen
Nicht grad' auf mein rundes Bäuchlein machen.
Sie werden zwar lächeln, doch mir ist es peinlich:
Das Alter macht leider auch Ecksteine kleinlich."

Genützt hat dem dichtenden Eckstein seine Klage anscheinend nicht sehr viel, denn das Plakat sah bald recht mitgenommen und „verschwommen" aus. Schließlich war es ganz verschwunden und hatte einer zweiten Inschrift Platz gemacht, die kurz und resigniert besagte:

„Sei's, wie es sei! Mein Seufzer war nutzlos,
Und, wie es scheint, bleib' weiter ich schutzlos..."

Steuerzahler mit Humor

Guy Picoty, Direktor eines Industriebetriebes in Limoges, erhielt vom Steuereinnehmer eine Mahnung, er habe 11 französische Franken Verzugszinsen für zu spät gezahlte Umsatzsteuern zu begleichen (12 Rappen).

Er antwortete daraufhin dem Vertreter des Finanzamtes, daß er ihm „zuerst seine Hochachtung für den Eifer aussprechen wolle, mit dem die Beamten auf die Eintreibung aller Staatsforderungen wachen". Sodann fügte er hinzu: „Es ist mir nicht möglich, über 11 Franken einen Bankscheck auszustellen, und ich schlage Ihnen vor, meine Schuld in Briefmarken abzudecken. Da die Postverwaltung jedoch keine Briefmarke von 11 Franken herausgegeben hat, gestatte ich mir, Ihnen beiliegend eine solche über 12 Franken zu übersenden, denn wenn ich ihnen 10 Franken in einer Briefmarke gesandt hätte, hätten Sie als wachsamer Beamter bestimmt darauf bestanden, daß ich den verbleibenden einen Franken zum Ausgleich meines Kontos zahle. Auf Grund dieser Briefmarkenzahlung wird nun mein Steuerkonto einen Saldo von einem Franken aufweisen. Diesen Betrag bitte ich Sie, der Wohltätigkeitskasse der Steuereinnehmer zuzuleiten. Damit jedoch meine Buchhaltung in Ordnung ist, wollen Sie mir bitte über diese Einfrankenspende eine besondere Quittung zukommen lassen."

Ob die Antwort des Finanzamtes mit ebensoviel Humor abgefaßt war, ist leider nicht bekannt.

Der Hofbarbier

Kaiser Joseph II. von Österreich hatte bei seinen Reisen die Gewohnheit, wie es gerade kam, in irgendeinen Wagen seines Gefolges zu steigen und weiter zu fahren. So gelangte er auch einstmals erheblich früher in Lemberg an, stieg in einem beliebigen Gasthof ab und ließ sich ein Zimmer geben. Als er eben dabei war, sich zu rasieren, klopfte es schüchtern an die Tür. Auf sein ermunterndes „Herein!" erschien die Wirtin. Der Kaiser, ohne sich stören zu lassen, seifte sich weiter ein und fragte nach ihrem Begehr.

Die neugierige Frau sagte mit vielen Entschuldigungen: Sie habe gehört, daß er auch zum Gefolge gehöre, und er könne ihr sicher etwas vom Kaiser erzählen. „Was wünschen Sie denn beispielsweise zu wissen?" erkundigte sich der Monarch, indem er bedachtsam sein Rasiermesser abzog.

„Ja", meinte die Frau, zunächst das Gelände sondierend, „was haben's denn für eine Stellung beim Kaiser?"

„I rasier ihn bisweilen", klärte der Befragte sie auf.